P r o t o k o l l

über die 505. Gemeinderatssitzung der Stadtgemeinde Hainburg/D.
vom 27. November 2014

Anwesend: Bgm. Josef Zeitelhofer (ÖVP) als Vorsitzender
1. Vzbgm. Helmut Schmid (ÖVP)
2. Vzbgm. Raimund Holcik (SPÖ)
die Stadträte Michaela Gansterer-Zaminer, Dieter Löb, Egon Löbl, Silvia Zeisel (alle ÖVP),
Wilhelm Beck, Elisabeth Staffenberger (beide SPÖ), Ing. Mag. Robert Türk (LH)
die Gemeinderäte Thomas Faulhuber, Dr. Ingrid Gaubatz-Jaksche, Johann Geringer,
Wilhelm Kohlberger, Thomas Schwartz, Elisabeth Simeth, Paul Strohmayer (alle ÖVP)
Josef Aigner, Gerhard Gruber, Thomas Graf, Karl Pelzmann, Irene Resel (alle SPÖ), Paul
Pagacs (LH), Helmut Harringer, Renate Hösch (beide FPÖ), Leyla Yilmaz (WFH)

Entschuldigt: GR Alexandra Jaitner (ÖVP), GR Mag. Andreas Martinsich (SPÖ),
GR Anne-Marie Kubitschek (LH)

Unentschuldigt: Niemand
Schriftführer: StaDirstv. Ewald Bergmann
Ort der Sitzung: Rathausaal

Die Einladung zu dieser Sitzung erfolgte mittels Kurrende vom 17.11.2014

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor dem Eingehen in die Tagesordnung wird vom Vorsitzenden mitgeteilt, dass drei
Dringlichkeitsanträge eingebracht wurden:

Dringlichkeitsantrag 1: „Entwidmung von Grundflächen als öffentliches Gut“

Bgm. Zeitelhofer verliest den Dringlichkeitsantrag.

Der Vorsitzende bringt den Antrag um Aufnahme in die Tagesordnung zur Abstimmung.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Vorsitzende teilt mit, dass diese Angelegenheit im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung unter
TOP II/5a behandelt wird.

Dringlichkeitsantrag 2: „Widmung und Entwidmung von Grundflächen als öffentliches Gut (Bereich Burgenlandstraße ab Seniorenheim)“

Der Vorsitzende bringt den Antrag um Aufnahme in die Tagesordnung zur Abstimmung.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Vorsitzende teilt mit, dass diese Angelegenheit im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung unter TOP II/5b behandelt wird.

Dringlichkeitsantrag 3: „Erlassung einer Bausperre für die bisher nicht von einem Teilbebauungsplan erfassten Ortsgebiete der Stadtgemeinde Hainburg“

Bgm. Zeitelhofer verliert den Dringlichkeitsantrag.

Der Vorsitzende bringt den Antrag um Aufnahme in die Tagesordnung zur Abstimmung.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Vorsitzende teilt mit, dass diese Angelegenheit im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung unter TOP II/5c behandelt wird.

Des Weiteren wird vom Vorsitzenden mitgeteilt, dass

Der TOP II/1 „Angelobung eines Gemeindemandatars“ noch vor TOP I/1 behandelt und der TOP II/13 „Anfragen an den Bürgermeister“ (keine Anfragen eingelangt) abgesetzt wird

Der Vorsitzende geht somit auf folgende

T a g e s o r d n u n g

ein:

- II. Beschlüsse (in öffentlicher Sitzung)
  1. Umgereiht
  2. Bericht des Bürgermeisters
  3. Bericht des Protokollprüfungskomitees (1. Vzbgm. Helmut Schmid)
  4. Voranschlag 2015
  5. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes
    - 5a. Dringlichkeitsantrag 1: Entwidmung von Grundflächen als öffentliches Gut
    - 5b. Dringlichkeitsantrag 2: Widmung und Entwidmung von Grundflächen als öffentliches Gut (Bereich Burgenlandstraße ab Seniorenheim)
    - 5c. Dringlichkeitsantrag 3: Erlassung einer Bausperre für die bisher nicht von einem Teilbebauungsplan erfassten Ortsgebiete der Stadtgemeinde Hainburg
  6. Abhaltung eines Mittelalterfestes
  7. Nachtrag zum Pachtvertrag mit dem Verein Hainburger Jugend
  8. Hollitzer Baustoffwerke AG – Einbringung einer Feststellungsklage
  9. Auftragsvergabe – Straßenbaumaßnahmen 2015, Planerleistungen und örtliche Bauaufsicht
  10. Auftragsvergabe – WVA BA15, Planerleistungen und örtliche Bauaufsicht
  11. Bericht des Prüfungsausschusses
  12. Bericht über Sanierung – Kontrolle
  13. Abgesetzt

II. Beschlüsse (in öffentlicher Sitzung)

1. Umgereicht vor TOP I/1

2. Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet von div. Veranstaltungen in der Weihnachtszeit

3. Bericht des Protokollprüfungskomitees

Vzbgm. Helmut Schmid berichtet namens des Protokollprüfungskomitees, dass das Protokoll über die Gemeinderatssitzung vom 29. September 2014 überprüft, als richtig abgefasst befunden und unterzeichnet worden ist. Das Sitzungsprotokoll gilt daher als genehmigt.

4. Voranschlag 2015

Der Entwurf des Voranschlages 2015 einschließlich des Dienstpostenplanes lag in der Zeit vom 12. – 25. November 2014 im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsicht auf. Während der Auflagefrist wurden keine schriftlichen Erinnerungen eingebracht.

Der Entwurf des Voranschlages 2015 sieht folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

Ordentlicher Haushalt: € 11.964.200,00

Außerordentlicher Haushalt € 4.625.400,00

Der ordentliche Voranschlag 2015 konnte nur durch die Veranschlagung eines Ausgleichsbetrages in der Höhe von €1.470.400,00 (Haushaltsstelle 2/9800+9600 „Formeller Haushaltsausgleich) ausgeglichen erstellt werden.

Im Dienstpostenplan für das Haushaltsjahr 2015 sind insgesamt 85 Bedienstete (1 Beamter, 67 Vertragsbedienstete und 17 sonstige Bedienstete) vorgesehen.

Der in § 73 Abs. 2 der NÖ Gemeindeordnung 1973 vorgesehene mittelfristige Finanzplan wurde für die Jahre 2015 bis 2019 erstellt.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 06. November 2014 den Entwurf des Voranschlages 2015 einschließlich Dienstpostenplan behandelt und hat einstimmig die Beschlussfassung in der vorliegenden Form empfohlen.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge den Entwurf des Voranschlages 2015 einschließlich Dienstpostenplan, sowie den mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2015 bis 2019, in der vorliegenden Form genehmigen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

5. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes

Das Grundstück Nr.1054 befindet sich außerhalb des Siedlungskörpers Hainburgs und ist als Grünland Land- und Forstwirtschaft gewidmet. Das Gebäude ist seit Beginn der 1990er-Jahre als erhaltenswertes Gebäude im Grünland (Geb) gewidmet und soll nun nach Auflassung des Gasthauses

wohnbaulich genutzt werden. Im Flächenwidmungsplan war bisher keine Nutzungsbeschränkung in Form einer Zusatzbezeichnung eingetragen.

Gemäß § 19 Abs.2 Z.4 NÖ ROG 1976 kann die Gemeinde erforderlichenfalls die Nutzung eines Geb durch eine Zusatzbezeichnung im Flächenwidmungsplan einschränken bzw. dessen Kubatur und/oder bebaute Fläche einschränken.

Durch die beabsichtigte Neunutzung kann ein nachhaltiger Fortbestand des Gebäudes sichergestellt werden. Um jedoch eine Bebauung im Landschaftsschutzgebiet in einem raumverträglichen Ausmaß gewährleisten und den Charakter der kleinstrukturierten Kulturlandschaft beibehalten zu können, soll nun mittels Zusatzbezeichnung im Flächenwidmungsplan die Wohnnutzfläche auf 130 m² beschränkt werden. Diese Beschränkung erfolgt auf Grund naturräumlicher und landschaftsstruktureller Gegebenheiten und wird sowohl im Flächenwidmungsplan als auch im Geb-Datenblatt eingetragen.

Mit der beabsichtigten Beschränkung der bebauten Flächen wird somit der Lage im Landschaftsschutzgebiet als auch den im Jahr 2012 verordneten Zielen und Maßnahmen des örtlichen Raumordnungsprogramms (ÖROP) sowie des Landschaftskonzepts Rechnung getragen.

Der Entwurf des geänderten Flächenwidmungsplanes für das Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau liegt 6 Wochen, vom 9. September 2014 bis 21. Oktober 2014 zur öffentlichen Einsichtnahme auf.

Während der öffentlichen Auflagefrist wurden keine Erinnerungen eingebracht.

Die Stellungnahme des ASV für Raumordnung, DI Skorpil, zur Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes liegt dem Aktenvermerk bei.

Die beiliegende Verordnung bildet einen wesentlichen Bestandteil des Sitzungsprotokolls.

Debattenredner: STR. Mag. Türk, Vzbgm. Holcik

Antrag des Stadtrates:

Der Gemeinderat möge den geänderten Flächenwidmungsplan mit der Pl.Nr.R-0602/12/E vom 3. September 2014 mit dem Änderungspunkt 1 in der vorliegenden Art samt beiliegender Verordnung beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

5a. Dringlichkeitsantrag 1: Entwidmung von Grundflächen als öffentliches Gut

Im Zuge der Vermessung der Preßburger Reichsstraße durch die Abteilung Hydrologie und Geoinformation des Amtes der NÖ Landesregierung wurde festgestellt, dass bei der Errichtung der Einzäunung vor der Liegenschaft EZ 2101, Grundstück Nr. 615/1 auch öffentliches Gut der Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau mit eingezäunt wurde.

Laut Teilungsentwurf der Abteilung Hydrologie und Geoinformation handelt es sich um insgesamt 88 m² der Liegenschaft EZ 2644, Grundstücke Nr. 615/25 (Teilstück 35 – 88 m²).

Mit Schreiben vom 29.04.2014 wurde dem Eigentümer der Liegenschaft 615/1 – Herrn Johann Pinkl – diese nicht mehr für öffentliche Zwecke benötigte Grundfläche zum Preis von €1.056,00 (€12,00 je m²) zum Kauf angeboten.

Herr Johann Pinkl hat längerer Diskussion den geforderten Kaufpreis am 20.10.2014 der Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau bezahlt.

Im Zuge der gegenständlichen Vermessung kann die grundbücherliche Übertragung an Herrn Johann Pinkl kostenlos durchgeführt werden.

Vor der grundbücherlichen Durchführung ist die Erlassung einer Verordnung durch den Gemeinderat erforderlich.

Antrag des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat möge den Entwurf der Verordnung betreffend die Entwidmung einer Teilfläche des Grundstückes 615/25, EZ 2644, im Ausmaß von 88 m² (Grünstreifen Preßburger Reichsstraße), als öffentliches Gut in der vorliegenden Form genehmigen. Die Verordnung bildet einen wesentlichen Bestandteil des Sitzungsprotokolls.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

5b. Dringlichkeitsantrag 2: Widmung und Entwidmung von Grundflächen als öffentliches Gut (Bereich Burgenlandstraße ab Seniorenheim)

Im Zuge der Neuerrichtung der Burgenlandstraße ab Seniorenheim wurde auch eine Vermessung in diesem Bereich durchgeführt um den endgültigen Straßenverlauf zu dokumentieren.

Die Vermessung und die Grundverhandlung mit den betroffenen Anrainern wurden vom Vermessungsbüro DI Taubenschuß durchgeführt.

Laut Teilungsplan GZ: 3807 vom 12.05.2014 werden insgesamt fünf Teilstücke (Teilstücke 3, 4, 5 und 6) in das öffentliche Gut der Stadtgemeinde abgetreten. Von der Stadtgemeinde Hainburg werden 2 Teilstücke (Teilstücke 1 und 2) an die Anrainer abgetreten.

Dem öffentlichen Gut der Stadtgemeinde werden laut Teilungsplan insgesamt 148 m² zugeschlagen. Vom öffentlichen Gut werden laut Teilungsplan insgesamt 3 m² in den Besitz der Anrainer abgetreten.

Zur grundbücherlichen Durchführung des Teilungsplanes wird beim Vermessungsamt ein Antrag auf Durchführung gemäß § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz gestellt.

Vor der grundbücherlichen Durchführung ist die Erlassung von je einer Verordnung über die Widmung bzw. die Entwidmung von Grundflächen als öffentliches Gut durch den Gemeinderat erforderlich.

Antrag des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat möge den Entwurf der Verordnung betreffend die Widmung von Teilflächen im Ausmaß von insgesamt 148 m² als öffentliches Gut und die Verordnung über die Entwidmung von Teilflächen im Ausmaß von insgesamt 3 m² als öffentliches Gut in der vorliegenden Form genehmigen. Die Verordnungen bilden einen wesentlichen Bestandteil des Sitzungsprotokolls.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

5c. Dringlichkeitsantrag 3: „Erlassung einer Bausperre für die bisher nicht von einem Teilbebauungsplan erfassten Ortsgebiete der Stadtgemeinde Hainburg“

Gemäß § 74 Abs.1 NÖ Bauordnung 1996 darf vom Gemeinderat eine Bausperre erlassen werden, wenn die Erlassung und Änderung eines Bebauungsplanes beabsichtigt ist.

Die Bausperre soll für die bisher nicht von einem Teilbebauungsplan erfassten Ortsgebiete der Stadtgemeinde Hainburg erlassen werden.

Mittels eines Bebauungsplanes können u.a. durch eine Festlegung von Baufluchtlinien und Freiflächen die räumliche Verteilung der Bebauung gesteuert, großvolumige Bauten mit einer ortsunüblichen hohen Anzahl an Wohneinheiten unterbunden sowie der strukturelle Charakter bzw. die gewachsenen Siedlungsstruktur gewahrt werden.

Somit können in Abstimmung mit den angestrebten Planungszielen Vorgaben für das Erscheinungsbild des Ortsgefüges festgelegt und insbesondere eine harmonische Eingliederung von geplanten Bauwerken sowie eine ortsverträgliche Bebauungsdichte gewährleistet werden.

Aufgrund der Lage der Stadtgemeinde Hainburg in der Nähe der Stadt Bratislava sind auch künftig größere Umstrukturierungen im städtischen Gefüge und in der Bevölkerung zu erwarten. Ein Bebauungsplan stellt ein wesentliches Planungsinstrument dar, um den hohen Siedlungsdruck entsprechend den Zielvorstellungen der Gemeinde lenken zu können und eine hohe Standortqualität zu sichern.

Aufgrund der schon mehrfachen Anfragen, mehrere Häuser auf Grundstücken zu errichten, die eigentlich nur für Ein- bzw. Zweifamilienhäuser vorgesehen sind, soll dies durch die Bausperre und in weiterer Folge durch einen Bebauungsplan unterbunden werden.

Während der Geltungsdauer der Bausperre darf gemäß § 74 Abs.4 NÖ Bauordnung 1996 die Bewilligung von Vorhaben versagt werden, die dem Zweck der Bausperre widersprechen.

Bauverfahren, die zum Zeitpunkt der Kundmachung bereits anhängig waren, werden durch die Bausperre nicht berührt.

Debattenredner: GR. Pagacs, STR. Mag. Türk, Vzbgm. Holcik

Antrag des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat möge die Verordnung zur Erlassung einer Bausperre für die bisher nicht von einem Teilbebauungsplan erfassten Ortsgebieten der Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

6. Abhaltung eines Mittelalterfestes

Die Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau beabsichtigt auch im Jahr 2015 wieder ein Mittelalterfest abzuhalten, um den eingeschlagenen Weg zur touristischen Positionierung als „Die Mittelalterstadt“ weiter fortzusetzen. Das Mittelalterfest soll gemeinsam mit der Vermögensverwaltung Sparkasse Hainburg Privatstiftung Ges.m.b.H. veranstaltet werden und am 24. und 25. Mai 2015, im Bereich der Volksschule stattfinden.

Auf Grund der guten Erfahrungen aus den Vorjahren soll die Fa. Torxes Event mit der Planung, Organisation und Durchführung des Mittelalterfestes beauftragt werden.

Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich €62.150,00, wobei ein allfälliger Gewinn bzw. Verlust zu gleichen Teilen von der Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau und der Vermögensverwaltung Sparkasse Hainburg Privatstiftung Ges.m.b.H. getragen wird.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge die Abhaltung des Mittelalterfestes 2015 beschließen. Mit der Planung, Organisation und Durchführung soll die Firma Torxes Events, Parzhofstraße 19, 4040 Linz beauftragt werden. Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich €62.150,00 inkl. Ust.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

GR. Strohmayer verlässt um 17.35 Uhr vor TOP II/7 wegen Befangenheit den Saal

7. Nachtrag zum Pachtvertrag mit dem Verein Hainburger Jugend

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 20.09.2012 die Räumlichkeiten des ehemaligen Stadtarchivs im Erdgeschoß des Wasserwerktraktes des Bauhofgebäudes, Eingang Baumgartnerweg, an den Verein Hainburger Jugend, zur Errichtung eines Jugendzentrums/Jugendraums verpachtet. Der Pachtvertrag endet am 31.12.2014.

Die Hainburger Jugend hat mit Schreiben vom 12.08.2014 um Verlängerung des Pachtvertrages angesucht.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 06. November 2014 einstimmig die unbefristeten Verlängerung des Pachtvertrages, mit der Möglichkeit einer 3-monatigen Kündigungsfrist für beide Vertragsparteien, empfohlen.

Der Entwurf eines Nachtrags zum Pachtvertrag vom 20.09.2012 liegt bei.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge den Nachtrag zum Pachtvertrag vom 20.09.2012 mit dem Verein Hainburger Jugend betreffend die Räumlichkeiten des ehemaligen Stadtarchivs im Erdgeschoß des Bauhofgebäudes in der vorliegenden Form genehmigen. Der Nachtrag zum Pachtvertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil des Sitzungsprotokolls.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

8. Hollitzer Baustoffwerke AG – Einbringung einer Feststellungsklage

Die Hollitzer Baustoffwerke Betriebs-Gesellschaft m.b.H. ist Eigentümerin der auf dem Pfaffenberg liegenden Grundstücke 1457/1, 1458/4, 1458/5, 1458/6, 1458/14, 1458/15, 1458/16, 1459, 1776/2, 1778, 1780 der EZ 401, KG 5104 und betreibt auf diesen seit 1995 Gesteinsabbau. Davor erfolgte der Betrieb des Steinbruches durch die Hollitzer Baustoffwerke Gesellschaft m.b.H., die Rechtsvorgängerin der Beklagten ist.

Am 28.08.1981 wurde im Zusammenhang mit einer Änderung des Flächenwidmungsplans eine Vereinbarung zwischen der Klägerin und der Rechtsvorgängerin der Beklagten geschlossen, mit der die weitere Entwicklung des Steinbruchbetriebs bei gleichzeitigem Schutz der Gemeindebevölkerung vor Beeinträchtigungen geregelt werden sollte. Dazu wurde eine räumliche Grenze für den Abbaubetrieb wie folgt festgelegt: „Um eine Beeinträchtigung der Stadtgemeinde Hainburg/Donau durch den Steinbruchbetrieb hintanzuhalten, wurde bzw. wird der Abbau der Etagen bis auf max. Höhenlinie 300m über Meereshöhe durchgeführt“.

Im Jahre 1991 wurde der Steinbruch Pfaffenberg in das Bergrecht übernommen.

1993 wurde der Hauptbetriebsplan für den Kalkbergbau von der Berghauptmannschaft Wien genehmigt. Bei der im Vorfeld des Bescheides stattgefundenen Verhandlung hat sich die Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau - unter Verweis auf die Vereinbarung mit der Firma Hollitzer vom 28. August 1981- gegen die Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen im Bereich der Schutzberme gegenüber Hainburg ausgesprochen. Die Berghauptmannschaft Wien hat zur Rechtsnatur der Vereinbarung zwischen Firma Hollitzer und der Stadtgemeinde festgehalten, dass diese Vereinbarung keinen Anspruch enthält, der im bergrechtlichen Verfahren zu vollziehen ist. Im Rahmenbetriebsplan 1997 sind die 11 Schritte des Abbaus bis zum Jahr 2057 beschrieben. Die naturschutzbehördliche Bewilligung für die Erweiterung des Steinbruchs erfolgte im Jahr 1997 und im Jahr 1998 erfolgte die Anordnung von Abbau- und Rekultivierungsmaßnahmen.

Laut diesem Projekt soll der Hainburger Grat auf eine Höhe von 257m ü.A. abgesenkt werden.

Der Beginn der projektgemäßen Abbauarbeiten am Hainburger Grat war Auslöser für die Eskalation eines seit langem schwelenden Konfliktes zwischen Steinbruchbetreiber und der Wohnnachbarschaft in Hainburg, Bad Deutsch-Altenburg sowie in Hundsheim.

Seit dem Jahr 2006 wurden auf Initiative der Umweltschutzkommission versucht, in einem gegenseitigen Dialog eine Regelung des Konfliktes zu erreichen. Seitens der Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau war die Erhaltung des Hainburger Grats der wesentlichste Punkt bei diesem Dialog.

Da bis zum heutigen Tag kein Ergebnis in Bezug auf die Erhaltung des Hainburger Grats erreicht werden konnte, soll mit dieser Klage die Gültigkeit der Vereinbarung aus dem Jahr 1981 durch ein Gericht geklärt werden.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 06. November 2014 einstimmig die Einbringung einer Feststellungsklage gegen die Hollitzer Baustoffwerke Betriebs-Gesellschaft m.b.H empfohlen.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge gemäß § 35 Z 16 NÖ Gemeindeordnung beschließen:

1. Die Einbringung der Klage gemäß dem einen integrierten Bestandteil dieses Antrags bildende Klagsentwurf (Beilage ./1), der hinsichtlich des Sach- und Rechtsvorbringens noch konkretisiert werden kann, gegen die Hollitzer Baustoffwerke Betriebs-Gesellschaft m.b.H mit einem Streitwert von €20.000,00 wird genehmigt.
2. Die Bevollmächtigung der Rechtsanwaltskanzlei HASLINGER/NAGELE & PARTNER RECHTSANWÄLTE GMBG, Mölker Bastei 5, 1010 Wien, alle in § 35 Z 16 NÖ Gemeindeordnung angeführten Prozesshandlungen namens der Stadtgemeinde Hainburg a.d.Donau zu setzen, wird genehmigt.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

9. Auftragsvergabe – Straßenbaumaßnahmen 2015, Planerleistungen und örtliche Bauaufsicht

Im Jahr 2015 soll die Starhemberggasse und die Babenbergerstraße beginnend von der Hummelstraße bis zur Freiungsstraße neu gestaltet werden.

Das ZT-Büro DI Paikl hat der Stadtgemeinde ein Honorarangebot für die Durchführung der erforderlichen Planungsarbeiten und die örtliche Bauaufsicht für diese im Jahr 2015 geplanten Straßenbaumaßnahmen vorgelegt.

Die Kosten für die Planerleistungen und die örtliche Bauaufsicht belaufen sich auf Basis einer vorläufigen Baukostenschätzung von €400.000,00 exklusive Umsatzsteuer auf €22.260,00 exklusive Umsatzsteuer. Nebenkosten werden nach tatsächlichem Aufwand (Vervielfältigung Projektmappe á € 50,00, Fahrtspesen €0,50/km) abgerechnet.

Die Bedeckung erfolgt im Rahmen des außerordentlichen Vorhabens Grundbesitz. Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 06. November 2014 einstimmig die Vergabe der Planungsleistungen und der örtlichen Bauaufsicht an das ZT-Büro DI Paikl empfohlen.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge den Auftrag für die Planungsleistungen und die örtliche Bauaufsicht für die im Jahr 2015 geplanten Straßenbaumaßnahmen im Bereich der Starhembergasse und der Babenbergerstraße an das ZT-Büro DI Paikl zum Angebotspreis von €22.260,00 exklusive Umsatzsteuer, zuzüglich Nebenkosten nach tatsächlichem Aufwand, vergeben.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

10. Auftragsvergabe – WVA BA15, Planerleistungen und örtliche Bauaufsicht

Im Rahmen des Bauabschnittes 15 der Wasserversorgungsanlage ist die Sanierung des Hochbehälters III sowie Wasserleitungsarbeiten in der Babenbergerstraße (Umverlegung Transportleitung) und der Donaulände (Neuverlegung Parkweg - Naturfreunde) vorgesehen. Dieser Bauabschnitt soll auch zur Förderung bei der Österreichischen Kommunalkredit AG und dem Land Niederösterreich eingereicht werden. Das ZT-Büro DI Paikl hat der Stadtgemeinde ein Honorarangebot für die Durchführung der erforderlichen Planungsarbeiten, die örtliche Bauaufsicht, die Förderungseinreichung und die Förderungsabrechnung für diese im Jahr 2015 geplanten Arbeiten vorgelegt. Die Kosten für die Planerleistungen und die örtliche Bauaufsicht belaufen sich auf Basis einer vorläufigen Baukostenschätzung von €240.000,00 exklusive Umsatzsteuer auf €17.140,00 exklusive Umsatzsteuer. Nebenkosten werden nach tatsächlichem Aufwand (Vervielfältigung Projektmappe á €40,00, Fahrtspesen €0,50/km) abgerechnet. Die Bedeckung erfolgt im Rahmen des außerordentlichen Vorhabens Wasserversorgung. Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 06. November 2014 einstimmig die Vergabe der Planungsleistungen und der örtlichen Bauaufsicht an das ZT-Büro DI Paikl empfohlen.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge den Auftrag für die Planungsleistungen und die örtliche Bauaufsicht für den Bauabschnitt 15 der Wasserversorgungsanlage an das ZT-Büro DI Paikl zum Angebotspreis von €17.140,00 exklusive Umsatzsteuer, zuzüglich Nebenkosten nach tatsächlichem Aufwand, vergeben.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

11. Bericht des Prüfungsausschusses

Der Prüfungsausschuss der Stadtgemeinde Hainburg a.d. Donau hat am 11. November 2014 eine unvermutete Prüfung der Gemeindegebarung durchgeführt. Der Bericht des Prüfungsausschusses wird dem Gemeinderat, mit den schriftlichen Stellungnahmen des Bürgermeisters und des Kassenverwalters, zur Kenntnis gebracht.

12. Bericht über Sanierung - Kontrolle

Auf Grund des vom Gemeinderat am 29. Juni 1995 beschlossenen Sanierungskonzeptes, erfolgten durch Organe der Aufsichtsbehörde im Oktober 2014 eine Kontrolle bezüglich Einhaltung und Realisierung dieses Konzeptes durchgeführt.

Der Bericht ist dem Gemeinderat anlässlich seiner nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen.

Antrag des Stadtrates

Der Gemeinderat möge den Bericht der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis nehmen. Der Bericht bildet einen wesentlichen Bestandteil des Sitzungsprotokolls.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

13. Abgesetzt

g. u. g.

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

.....

.....

Die Richtigkeit des vorstehenden Protokolls bestätigen namens der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen:

.....

.....

.....

.....

.....